

## **Die Zwischengruppen der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und ihre politische Bedeutung**

Zu den als Zwischengruppen bezeichneten kommunistischen und linkssozialistischen Kleinorganisationen gehörten vor allem die Kommunistische Partei-Opposition (KPO) sowie die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), denen im Folgenden das Hauptaugenmerk gilt. Sie waren im strengen Sinne politisch zwischen den beiden großen Arbeiterparteien KPD und SPD angesiedelt und übernahmen, allgemein gesprochen, den revolutionären Radikalismus von der KPD, den Willen zur Verteidigung der Weimarer Republik von der SPD – auch dann, wenn sie diese Republik vom marxistischen Standpunkt kritisierten. Oft werden auch der Leninbund, die Organisation Neu Beginnen, die Trotzlisten, der Internationale Sozialistische Kampfbund und die von der SPD abgespaltenen Roten Kämpfer zu den Zwischengruppen gezählt. Für den Leninbund, der als Linksfraktion aus der KPD ausgeschlossen wurde, trifft dies in den frühen 1930er Jahren teilweise zu, als er in Fragen der Einheitsfront eher eine Position zwischen KPD und SPD bezog und nicht mehr allein die KPD zum Adressaten seiner Botschaft machte. Die Organisation Neu Beginnen wirkte in beiden großen Arbeiterparteien, nicht zwischen ihnen, und zwar mit dem Ziel, als marxistische Kaderorganisation innerhalb beider Parteien Einfluss zu erlangen und Führungspositionen zu übernehmen. Sie wird von einigen Historikern zu den „klassischen“ Zwischengruppen gezählt. Für die Trotzlisten, die sich um Anerkennung durch die KPD, aber nicht der SPD bemühten, ist die Bezeichnung proletarische Kleinorganisation zutreffender. Der Internationale Sozialistische Kampfbund, der ISK, war keine marxistische Organisation, was ihn von den Zwischen- und anderen Kleingruppen unterscheidet. Doch trat auch der ISK für die Einheit der Arbeiterparteien KPD und SPD gegen die Gefahr des Nazismus ein.

All diese Gruppen hatten aber politisch keine Chance. Ihre teilweise scharfsichtigen Analysen sollten jedoch ebenso wenig vergessen werden wie ihr Widerstand gegen das Hitler-Regime. Nach 1945 engagierte sich viele ihrer überlebenden Mitglieder für einen demokratischen Sozialismus und gerieten damit vor allem in Ost-, teilweise auch in Westdeutschland in erhebliche politische Schwierigkeiten. Im Folgenden konzentriere ich mich aber auf die KPO und die SAP, die heute allgemein auch mit dem Terminus linkssozialistische Gruppen bezeichnet werden, obwohl sich die KPO lange Zeit als organisierte Strömung innerhalb des internationalen Kommunismus verstand.

### *Die Kommunistische Partei-Opposition (KPO)*

Bei den Positionsbestimmungen deutscher Kommunisten gegenüber der Republik von Weimar – und hier muss von Positionen im Plural gesprochen werden – wirkten verschiedene Faktoren in unterschiedlicher Weise zusammen: Auf internationaler Ebene waren der weltrevolutionäre Erwartungshorizont seit 1917, die Fraktionskämpfe innerhalb der russischen Partei und der Kommunistischen Internationale, der Komintern, schließlich der Sieg Stalins bestimmend. Im nationalen Rahmen prägten revolutionäre Krisen und Umbrüche, der „Schein der Normalität“ (H.-A. Winkler) der zwanziger Jahre, die große Wirtschaftskrise und der Aufstieg des Nazismus Ideologie und Handlungen der Kommunisten.

Innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung erwies sich seit 1919 die manifeste Spaltung in zwei große Parteien als unüberwindlich. Schließlich war der Prozess der Stalinisierung innerhalb der KPD mit Fraktions- und Gruppenkämpfen verbunden, die an der Jahreswende 1928/29 nicht mehr überbrückt werden konnten. Die KPD spaltete sich in zwei ungleiche Teile. Die Opponenten zur offiziellen „Generallinie“ konstituierten die KPD-Opposition. Sie wurde, aufgrund ihrer numerischen Kleinheit, von ihren Gegnern als „KPD-Null“ diffamiert. Die KPO bestand jedoch zumeist aus politisch erfahrenen Funktionären, die noch durch die revolutionäre und demokratische Tradition der Arbeiterbewegung der Zeit vor 1914, die Antikriegsbewegung und den Spartakusbund Liebknechts und Rosa Luxemburgs geprägt worden waren. Die Position der KPO: Verteidigung der bürgerlichen Demokratie als den besten Kampfboden für die angestrebte Gesellschaft der Freiheit und Gleichheit, den Sozialismus, stand nicht nur im Gegensatz zur KPD-Politik, sondern stellte auch eine Herausforderung an die zweite große Arbeiterpartei, die SPD, dar. Die Gründe für den Misserfolg der KPO sind eng verbunden mit den Ursachen des Untergangs der Republik von Weimar und der Kapitulation der deutschen Arbeiterbewegung vor dem deutschen Faschismus 1933.<sup>1</sup> Das Scheitern der KPO war nicht nur das Scheitern des „demokratischen Kommunismus“, wie Hermann Weber es nannte, in Deutschland.<sup>2</sup> Die gesamte Arbeiterbewegung wie die bürgerlichen Rechte und Freiheiten wurden durch das Naziregime liquidiert.

In der Geschichte der KPD kann zum Verständnis des Themas relativ spät angesetzt werden, nämlich 1927-28, nachdem die unter Ruth Fischer und Arkadij Maslow eingeleitete Bolschewisierung der Partei abgeschlossen und Fischer-Maslow selbst aus der Partei ausgeschlossen worden waren.<sup>3</sup> Die neue KPD-Spitze um Ernst Thälmann, das „Thälmannsche ZK“, entfernte 1926 und 1927 mit Karl Korsch und Arthur Rosenberg zwei der letzten antistalinistischen, eigenständigen Theoretiker aus der Partei. Ursprünglich aus heterogenen Strömungen bestehend, wurde das neue ZK durch den Parteivorsitzenden, einen treuen Gefolgsmann Stalins, durch Druck zu einer unnatürlichen Einheit „zusammengeschmiedet“, um die martialische Sprache jener Zeit zu verwenden. Im Februar 1928 schlossen die Führungen von KPD und KPdSU in Moskau ein Abkommen, das eine Runde im ultralinken Kampf gegen die Sozialdemokratie als „Sozialfaschisten“ einleitete.<sup>4</sup> Dieses Bündnis „bewährte“ sich alsbald: Im August 1928 gelangten Informationen in die Presse, wonach John Wittorf, ein enger Freund Thälmanns und leitender KP-Funktionär in Hamburg, Parteigelder unterschlagen hatte. Die Angelegenheit weitete sich aus, und Thälmann konnte die Vorwürfe nicht entkräften, Wittorf gedeckt zu haben. Seiner Absetzung als Parteivorsitzender folgte jedoch am 6. Oktober die Wiedereinsetzung durch das EKKI, d. h. durch die dort bereits herrschenden Parteigänger Stalins.<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. zur Geschichte der KPO Karl-Hermann Tjaden, Struktur und Funktion der „KPD-Opposition“, Meisenheim 1964, und Theodor Bergmann, Gegen den Strom. Die Geschichte der KPD-Opposition, 2. Aufl., Hamburg 2001. Vgl. für das Folgende auch Mario Keßler, Die Kommunistische Linke und die Weimarer Republik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 32-33/94 vom 12. August 1994, S. 20-30.

<sup>2</sup> Vgl. Hermann Weber, Demokratischer Kommunismus? Zur Theorie, Geschichte und Politik der kommunistischen Bewegung, Hannover 1969.

<sup>3</sup> Zur Stalinisierung der KPD vgl. die Pionierarbeit von Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik [1948], Frankfurt a. M. 1976, sowie Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1969, und Ben Fowkes, Communism in Germany under the Weimar Republic, New York 1984. Vgl. auch Mario Keßler, Ruth Fischer. Ein Leben mit und gegen Kommunisten (1895-1961), Köln etc. 2013.

<sup>4</sup> Vgl. Elke Reuter u. a. (Hg.), Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928. Die KPD am Scheideweg, Berlin 2003.

<sup>5</sup> Vgl. Hermann Weber/Bernhard H. Bayerlein (Hg.), Der Thälmann-Skandal. Geheime Korrespondenzen mit Stalin, Berlin 2003.

Heinrich Brandler und August Thalheimer, Ernst Thälmanns politische Widersacher, die sogenannten „Rechten“, übten harte Kritik an der mangelnden innerparteilichen Demokratie. Auf ihre Seite stellte sich eine zahlenmäßig zwar zunächst kleine Gruppe, die jedoch erfahrene Kommunisten umfasste, von denen nicht wenige zu den Gründern der KPD gehörten: Paul Frölich, Jakob Walcher, August Enderle. Mit ihnen sympathisierten zahlreiche andere führende KPD-Mitglieder, die später als „Versöhnler“ abgewertet wurden: Ernst Meyer, Arthur Ewert, zeitweilig auch Clara Zetkin und sogar Wilhelm Pieck, letzterer weniger offen. Clara Zetkin warnte vor Thälmanns mangelnden theoretischen und politischen Fähigkeiten. Bereits am 11. September 1927 hatte sie Bucharin geschrieben: „Verhängnisvoll macht sich dabei geltend, dass Teddy [Thälmann] kenntnislos und Theoretisch ungeschult ist, in kritiklose Selbsttäuschung und Selbstverblendung hineingesteigert wurde, die an Größenwahnsinn grenzt und der Selbstbeherrschung ermangelt. Er lässt daher seine guten proletarischen politischen Instinkte und Urteile über Menschen und Zustände täuschen und irreleiten durch Ohrenbläser, Schmeichler, Klatschbasen, Intriganten niedrigster Art.“<sup>6</sup> Ihre Befürchtungen sollten sich bewahrheiten: Auf der ZK-Sitzung am 13. und 14. Dezember 1928 wurden Brandler und Thalheimer aus der KPD ausgeschlossen, Walcher, Frölich, Enderle und Albert Schreiner ultimativ aufgefordert, sich zu unterwerfen. Nur Clara Zetkin stimmte gegen die Sanktionen. Sie schrieb am 8. Dezember an das russische Politbüro einen entsprechenden Brief, den sie mit einem Gleichnis beschloss:

„Es gibt eine Erzählung über eine alte Frau, die ein Holzscheit in das Feuer geworfen hat, in dem Jan Hus verbrannt wurde. Diese alte Frau hat sich dadurch Unsterblichkeit erworben. Ich bin absolut nicht bereit, es dieser alten Frau gleichzutun und Holzscheite beizusteuern, damit Ketzer verbrannt werden können.“<sup>7</sup>

Die Ausgeschlossenen gründeten am 29. Dezember 1928 eine eigene Organisation, die sich als oppositionelle Richtung innerhalb des organisierten Kommunismus verstand. Sie nannte sich folgerichtig Kommunistische Partei-Opposition. Die KPD-Führung erklärte, zwischen ihr und den Ausgeschlossenen gebe es keine politischen Gemeinsamkeiten mehr. Die ständig schärfer werdenden Verdammungsurteile gingen von Seiten der Thälmannschen Zentrale einher mit einer Ausgrenzung aller Linkskräfte, so diese nicht den KPD-Direktiven folgten. Dies gipfelte in einem Verbalradikalismus, der auch die politischen Analysen über den Zustand der Weimarer Republik zunehmend prägte.

Die KPO wuchs durch rigide Ausschlüsse aus der KPD rasch auf etwa 6.500 Mitglieder an. Ihre wichtigsten Zentren waren neben Berlin und Sachsen/Thüringen auch das Bergische Land, der Großraum Frankfurt a. M. (besonders Offenbach), das Gebiet um Stuttgart und das Saargebiet. Die theoretischen Analysen der Partei verbanden sich mit praktischer Politik namentlich in diesen Schwerpunktgebieten.

Bereits 1928/29, als die NSDAP noch ein Randproblem der deutschen Politik zu sein schien, erarbeiteten KPO-Mitglieder, insbesondere Thalheimer, eine Analyse des Faschismus, die sich von den Einschätzungen der Komintern und der KPD sehr deutlich unterschied. In Thalheimers Kritik am Programmentwurf der Kommunistischen Internationale 1928 und in einer Aufsatzserie für die KPO-Zeitschrift *Gegen den Strom* fanden sich bereits Grundzüge dieser Faschismus-Theorie. August Thalheimer unterschied zwischen verschiedenen,

---

<sup>6</sup> Der Brief ist abgedruckt in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (im Folgenden: BzG), 33 (1991), Nr. 6, Zitat S. 779f.

<sup>7</sup> Zit. nach Gilbert Badia, Clara Zetkin. Eine neue Biographie, Berlin 1994, S. 253.

historisch denkbaren Varianten des Faschismus, die aber sämtlich Resultat des zugespitzten Klassenantagonismus im Kapitalismus seien. Er wandte sich scharf gegen den Kurs der KPD, wonach die Politik *allerbürgerlichen* Parteien zum Faschismus hin tendiere.

„Zeitweilig“, so Thalheimer, „wurde bei uns alles und jedes Faschismus. Der Faschismus wurde die Nacht, in der alle Klassen- und Parteiunterschiede verschwanden [...]. Faschismus war nicht Hitler, sondern auch die deutsche republikanisch drapierte Großbourgeoisie mit Seeckt an der Spitze. Die Sozialdemokratie wurde ‚der linke Flügel des Faschismus‘.“<sup>8</sup> Angesichts einer Krisensituation könnte die Bourgeoisie – wie auch 1848/49 in Frankreich – das Erstarken der Arbeiterklasse mit der zeitweiligen Preisgabe der Exekutivgewalt beantworten, um die bürgerliche Eigentumsordnung zu retten. Dies würde zu einer Verselbständigung der Staatsmacht führen. Ihre neuen Träger seien deklassierte Elemente der Bourgeoisie oder des Lumpenproletariats. Für sie werde die Staatsmaschine zur Existenzquelle:

„Und so sind die Deklassierten aller Klassen *zugleich* Fleisch vom Fleische, Bein vom Beine des Privateigentums, der bürgerlichen Gesellschaft, und also fähig, indem sie ihre politische Herrschaft zu verteidigen und zu schützen [wissen] gegenüber der Klasse und den Klassen, die die *revolutionäre* Aufhebung der bürgerlichen Gesellschaft, die gesellschaftliche Aufhebung des individuellen bürgerlichen Eigentums, vertreten, des industriellen Proletariats und der proletarischen Teile des Bauerntums.“<sup>9</sup>

Der Faschismus bedürfe wie der Bonapartismus Napoleons III. eines charismatischen Führers, der als Wohltäter aller Klassen jedem alles verspreche, um eine möglichst breite Massenbasis zu erlangen und zu sichern. „Die Form der Staatsmacht, welche die Bourgeoisie aus taktischen Gründen an neue Träger der Massenbasis nur vorübergehend abzutreten glaubt“, schrieb Brandlers Biograph Jens Becker, „zeichnet sich durch eine partiell unkontrollierbare Verselbständigung aus, deren Gewaltpotential beispielsweise im Italien Mussolinis sichtbar war.“<sup>10</sup> Diese Trennung von politischer und sozialer Herrschaft verführten Thalheimer und die KPO aber nicht zu Generalisierungen, die die Unterschiede zwischen den verschiedenen faschistischen Bewegungen einebnen würden. Immer wieder wurde auf die qualitativen Unterschiede zwischen Deutschland und Italien bezüglich des Terrors, des Antisemitismus und der außenpolitischen Zielsetzungen verwiesen – zuletzt noch 1933 nach Hitlers Machtantritt, als die vorausschauenden Befürchtungen der KPO bittere Realität wurden.

Die KPO warnte, Hitler würde, einmal an der Macht, diese nie mehr freiwillig abgeben. Er stehe für die Beseitigung der bürgerlichen Demokratie, die Zerstörung der Arbeiterbewegung, die Vorbereitung auf einen neuen Weltkrieg, für brutale Knechtung der unterworfenen Völker und für eine rassistische Ideologie. Gegen den Faschismus gelte es, die bürgerliche Demokratie und die Republik von Weimar zu verteidigen. „Die bürgerliche Republik ist nicht die Staatsform zur Verwirklichung des Sozialismus.[...]. Die bürgerliche Republik ist aber der günstigste Ausgangspunkt von allen möglichen bürgerlichen Staatsformen zur Organisation der Arbeiterklasse zum Kampf um die Macht, zum Kampf um den Sozialismus. Wir sind gegen die Revisionsversuche der bürgerlichen Republik ins Reaktionäre, ins Faschistische. Gegen all diese Versuche, gegenüber allen faschistischen Vorstößen müssen

---

<sup>8</sup> August Thalheimer, Programmatische Fragen. Kritik des Programmentwurfs der Kommunistischen Internationale (VI. Weltkongreß), bearb. von Harald Kuchler, Mainz 1993, S. 52.

<sup>9</sup> August Thalheimer, Über den Faschismus [1930], in: Der Faschismus in Deutschland. Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1918-1933, o. O. 1981, S. 32.

<sup>10</sup> Jens Becker, Einleitung zu: Thalheimer, Programmatische Fragen, S. 28.

und werden wir die demokratische Republik verteidigen.“<sup>11</sup> Die KPO hielt am Begriff der „proletarischen Diktatur“ damals noch fest, gab ihm jedoch einen gänzlichen anderen Sinn, als KPD und Komintern es taten: „Die proletarische Diktatur ist nur möglich, gestützt und getragen von dem revolutionären Kampfwillen der Mehrheit der Arbeiter, in deren Interesse der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft liegt. Gegen diesen Mehrheitswillen ist die proletarische Diktatur in hochentwickelten kapitalistischen Ländern wie Deutschland niemals möglich. Wer etwas anderes propagiert, propagiert nicht den Kommunismus, sondern ein konfuses Gemisch von anarcho-syndikalistischem Blanquismus.“ Realistisch erkannte die KPO, ihre Politik werde „auf den heftigen Widerstand der SPD und Gewerkschaftsbürokratie und der in scheinradikalen Phrasen machenden KPD-Bürokratie stoßen.“

Bereits 1929 erkannte Thalheimer warnend: „Der Faschismus hebt das allgemeine Wahlrecht auf, er unterdrückt die Arbeiterpresse, die Arbeiterorganisationen, Arbeiterparteien. Er bindet sich in der Gewaltanwendung gegen die Arbeiterklasse an keine Gesetze. Er stellt die offene Diktatur der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse dar, im Gegensatz zu der verschleierte, sich an Gesetze bindenden des Staates der bürgerlichen Demokratie.“<sup>12</sup>

Dabei verstand die KPO, zwischen den reaktionären und den progressiven Strömungen im bürgerlichen Lager genau zu differenzieren. Der Karikaturist und Kulturhistoriker Eduard Fuchs, Mitglied der KPO, hielt Kontakte zu links stehenden Persönlichkeiten des Kulturbetriebes. Er arbeitete auch mit Felix Weil, dem Mentor des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, zusammen. Unter den vielen Linksintellektuellen, die der KPD verbunden waren, fand die Position der KPO ein nicht zu unterschätzendes Echo. Verglichen mit den beiden großen Arbeiterparteien, blieb die Stellung der KPO allerdings stets schwach.

Die KPD erreichte zu Beginn der dreißiger Jahre ihren größten Masseneinfluss. Ihre Mitgliederzahl stieg von 1929 bis Anfang 1933 von rund 120 000 auf über 300 000, was ihrer Politik zurechtfertigen schien. Besonders Arbeitslose strömten ihr zu. In den Reichstagswahlen erhöhte sich ihr Stimmenanteil von 10,2% im Jahre 1928 auf 16,9% im November 1932; das waren nur dreieinhalb Prozentpunkte weniger, als die SPD verbuchen konnte. Im gleichen Zeitraum wurden in Deutschland 213 Angehörige der Arbeiterbewegung von der Polizei, 236 von faschistischen Organisationen ermordet. Bis zur Absetzung der preußischen SPD-geführten Regierung im Juli 1932 stand die Polizei größtenteils unter sozialdemokratischer Führung. Diese trug mit ihrer Politik des „kleineren Übels“ ab 1930 die Regierung Brüning durch parlamentarische Tolerierung mit. Reichskanzler Brüning vom rechten Flügel der Zentrumspartei baute mittels Notverordnungen die bürgerlichen und sozialen Rechte sukzessive ab, um den Folgen der Weltwirtschaftskrise zu begegnen. Im Ergebnis dessen nahm die Massenarbeitslosigkeit und -verarmung immer breiterer Schichten schlagartig zu. Die NSDAP, seit den Reichstagswahlen vom 14. September zweitstärkste politische Kraft, griff mit einem „Antikapitalismus von rechts“ die Weimarer Verfassung an.

Die SPD rief zu ihrer Verteidigung auf. Wesentliche Teile ihrer Führung – im Gegensatz zur Masse ihrer Mitglieder und Anhänger – bezogen dabei eine Frontstellung, die KPD und Nazis (tendenziell) gleichermaßen als Feinde der Republik und somit als politischen Gegner ansah. Dies verbreiterte die Kluft zwischen beiden Arbeiterparteien. Für die Vertiefung der Spaltung waren jedoch KPD und Komintern zumindest ebenso mitverantwortlich: Nachdem die Analysen des kapitalistischen Krisenzyklus durch die Große Depression, wie sie von den

---

<sup>11</sup> Gegen den Strom vom 29. Juni 1932, S. 3. Hiernach auch die folgenden Zitate.

<sup>12</sup> August Thalheimer in: Junger Kämpfer, Nr. 3, Juni 1929, zit. nach: Der Faschismus in Deutschland, Klappentext.

Komintern-Theoretikern entwickelt worden waren, ihre teilweise Bestätigung erfuhren, stieg die Hoffnung auf einen neuen „Turnus von Krisen und Revolutionen“, wie es hieß, rasch an. Damit und mit den innerparteilichen Kämpfen in der Sowjetunion war Stalins Angriff gegen einen angeblichen „Luxemburgismus“ in der KPD gekoppelt, eine Attacke gegen alle noch verbliebenen kritischen Köpfe. Der Hauptstoß der Kommunisten, so der neue Kanon Stalinscher Politik, müsse sich gegen die Sozialdemokratie, vor allem gegen ihren linken Flügel als Hauptstütze des Faschismus richten. Dieser Kurs erlangte als „Sozialfaschismus-Theorie“ mit dem 11. EKKI-Plenum im März und April 1931 den Status eines Grundprinzips.

Doch damit, schrieb ein zeitgenössischer Beobachter, C. L. R. James, „war Hitler für die Kommunisten zum kleineren Übel geworden.“ Mehr noch: „Moskau änderte die Propagandalosungen so weit, um mit den Nazis zu wetteifern. [...] Die Nazis erheben den Anspruch, für die nationale Befreiung Deutschlands vom Versailler Vertrag mittels Krieg zu kämpfen. Die Kommunisten wurden, anstatt dieser typisch imperialistischen Losung jene des internationalen Sozialismus entgegenzusetzen, von der gesamten Internationale dazu veranlasst, mit den Faschisten darin zu konkurrieren, die Losung einer Volksrevolution für nationale Befreiung vom Vertrag von Versailles zu verkünden.“<sup>13</sup> Die entsprechende Erklärung war das „Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ vom 24. August 1930. Auch in der Gewerkschaftspolitik bezog die KPD Positionen, die die Arbeiterbewegung gegenüber der nazistischen Offensive entwaffnen halfen: Entsprechend der Linie des V. Kongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale wurden ab Herbst 1930 die KPD-Gewerkschafter in der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) zu einem Kurs verpflichtet, der auf die faktische Spaltung wichtiger Gewerkschaftsverbände abzielte. Das 11. EKKI-Plenum rief zum Verlassen der „gelben“ Gewerkschaften auf.

Die katastrophalen Wirkungen dieser Politik zeigten sich auch in der Beteiligung der KPD am Volksentscheid in Preußen. Nachdem die KPD ein vom Stahlhelm initiiertes Volksbegehren gegen die SPD-geführte preußische Regierung zuerst abgelehnt hatte, schloss sie sich am 9. August 1931 dem Plebiszit von Stahlhelm, NSDAP und Deutschnationalen an. Um die dubiose Gemeinsamkeit zu bemänteln, nannte sie ihr Vorgehen den „Roten Volksentscheid“. Doch selbst ein Teil der KPD-Wähler blieb abseits, das Volksbegehren scheiterte und die preußische Regierung blieb noch im Amt. Als sie am 20. Juli 1932 vom neuen Reichskanzler von Papen abgesetzt wurde, wich die SPD – widerstandslos – „der Gewalt“, anstatt ihre Kampforganisationen, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und die Eiserner Front, zu mobilisieren. Mehr noch: SPD-Innenminister Carl Severing dachte in einem Vorgespräch mit Reichsinnenminister Wilhelm von Gayl über die Möglichkeiten einer „Reichsexekution“, wie die Absetzung der preußischen Regierung beschönigend benannt wurde, nach.

Die KPD-Führung beurteilte die Lage in Deutschland seit dem Herbst 1931 etwas differenzierter. So schrieb Ernst Thälmann Ende 1931, dass Brüning mit Hilfe der Nazis auch die SPD zermürben wolle.<sup>14</sup> Im April 1932 forderte er die Einheitsfront – allerdings nicht mit der Führung der SPD, sondern nur mit deren Anhängern. Entgegen seinen Erwartungen trug dies zur weiteren Entfremdung zwischen beiden Parteien bei. Doch diese als Antifaschistische Aktion bezeichnete Linie sah zumindest die SPD nicht mehr als Hauptverursacher der faschistischen Offensive an. Thälmann warnte davor, die Erfolge der KPD zu überschätzen.<sup>15</sup>

---

<sup>13</sup> C. L. R. James, *World Revolution, 1917-1936. The Rise and Fall of the Communist International* [1937], Atlantic Highlands (New Jersey) 1993, S. 330.

<sup>14</sup> Ernst Thälmann, *Einige Fehler in unserer theoretischen und praktischen Arbeit und der Weg zu ihrer Überwindung*, in: *Die Kommunistische Internationale*, 13 (1931), Nr. 41, S. 1902.

<sup>15</sup> Vgl. ders., *Im Kampf gegen die faschistische Diktatur*, in: Ders., *Ausgewählte Reden und Schriften in zwei Bänden*, Bd. 2, Frankfurt a. M. 1977, S. 289.

Zu einer realitätsgerechten Analyse, gar zu Selbstkritik, erwiesen sich jedoch weder er noch das „Thälmannsche ZK“ imstande. Die KPD überschätzte ihre Wahlerfolge und negierte die Tatsache, dass der Zuwachs an Mitgliedern und Sympathisanten größtenteils auf radikalisierte Lumpenproletarier und Desperados wie Erich Mielke zurückzuführen war, die mit terroristischen Aktionen anstatt politischem Kampf den Nazismus zu „erledigen“ trachteten.

Die 3. Reichsparteikonferenz der KPD griff im Oktober 1932 die These des 12. EKKI-Plenums auf: Nunmehr war der Hauptschlag wiederum gegen die SPD zu richten, da nur so die Bourgeoisie bezwungen werden könne. Von einem Kampf um die Verteidigung der bedrohten Weimarer Demokratie war keine Rede. Im Berliner Verkehrsarbeiterstreik vom November 1932 wirkten KPD- und nazistische Gewerkschafter zusammen. Einige halbherzige Einheitsfrontangebote an die SPD erschienen wenig glaubwürdig. Als sich Thälmann am 30. Januar 1933 endlich an die SPD-Führung wandte, war es zu spät. Deren Vorstand überlegte am Tag der Machtübergabe an Hitler noch, ob es nicht sinnvoll sei, die Bildung einer Regierung von Beamten zu unterstützen.<sup>16</sup> Die beiden großen Arbeiterparteien versagten im Augenblick der Entscheidung völlig.

Die KPO bemühte sich, gemeinsam mit anderen linken Gruppen um die Einheit der Arbeiterbewegung. Angesichts der Weltwirtschaftskrise und der von vielen Gewerkschaften akzeptierten Lohnkürzungen entwarf die KPO ein Notprogramm. Es forderte „die Abwälzung der Krisenlasten auf die Bourgeoisie, den Siebenstundentag, die Einheitsfront der Werktätigen, das sofortige Verbot der faschistischen Organisationen, organisierten Arbeiterselbstschutz gegen den faschistischen Terror“ – doch dies blieb auf KPD- wie SPD-Führung ohne Wirkung.<sup>17</sup> Die KPO setzte sich für gemeinsame Maidemonstrationen, überparteiliche Antifa-Komitees und die Bildung proletarischer Hundertschaften ein. Im März 1931 veröffentlichte sie ein entsprechendes antifaschistisches Kampfprogramm. Sie versuchte, ihre Initiativen in Betrieben und Gewerkschaften zu popularisieren. Oftmals wurden KPO-Aktivistinnen durch Schlägertrupps der KPD, den nach Thälmanns Spitznamen genannten „Teddy-Rowdies“, angegriffen. Die KPO versuchte vergebens, einen gemeinsamen Kandidaten der Linken für die Reichspräsidentenwahlen 1932 zustande zu bringen. Die KPD hielt an (dem schließlich von der KPO unterstützten) Thälmann fest, die SPD optierte für Hindenburg, dem, wie sie es nannte „letzten Schutzwall der Demokratie“ als angeblicher Garantie gegen Hitler. Als im Januar 1933 innerhalb der KPD- wie SPD-Mitgliedschaft die Bereitschaft zum Zusammengehen wuchs, forderte die KPO energisch:

„Die KPD muss sich mit einem Angebot zum gemeinsamen Kampf gegen Faschismus und Wirtschaftskrise an die Spitzen der SPD und des ADGB wenden. Noch im letzten Augenblick muss eine Massenbewegung des deutschen Proletariats die Entwicklung eines Hitlerschen Henkerregimes verhindern.“

„Dem kommunistischen Arbeiterfunktionär, der in der KPO ist“, so Wolfgang Abendroth, „wird von Jahr zu Jahr bis zur totalen Kapitulation des bürgerlichen Obrigkeitsstaates vor dem Faschismus am 30. Januar 1933 zunehmend klarer, dass er sich zwar im Besitz einer richtigen politischen Analyse und Erkenntnis befindet, dass dies alles aber nicht weitergegeben und nicht vermittelt werden kann.“<sup>18</sup>Dafür gab es eine Reihe von Gründen.

---

<sup>16</sup> Vgl. zum Thema Manfred Scharer (Hg.), *Kampflose Kapitulation. Arbeiterbewegung 1933*, Reinbek 1984.

<sup>17</sup> Vgl. Theodor Bergmann, *Das Zwischenfeld der Arbeiterbewegung zwischen SPD und KPD 1928-1933*, ebenda, S. 170.

<sup>18</sup> Wolfgang Abendroth, *Ein Leben in der Arbeiterbewegung*, hg. von Barbara Dietrich und Joachim Perels, 3. Aufl., Frankfurt a. M. 1981, S. 125.

Zum einen bildete sich die KPO, ebenso wie andere Linksgruppierungen, in einer Zeit der Defensive und des Niederganges der Arbeiterbewegung, konnte davon also nicht unbeeinflusst bleiben. Zum anderen konnte der Parteiapparat der KPD (und analog der der SPD) auf Kritiker materiellen und moralischen Druck ausüben, um sie vor der offenen „Rebellion“ gegen die Führung zu bewahren. Schließlich konnte die Kritik an der Stalinisierung von KPD und Komintern, die die KPO äußerte, von der KPD-Führung als Treuebruch gegenüber dem ersten „proletarischen Staat“ gebrandmarkt werden. Angesichts der damals prosovjatischen Haltung vieler Linker, einschließlich vieler Sozialdemokraten, trug dies zur relativen Isolation der KPO bei. Außerdem bildete sich 1931 die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) als neue Zwischengruppe, deren Konzeption mit jener der KPO konkurrierte.

### *Die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP)*

Die SPD beanspruchte, die Demokratie zu verteidigen, fügte jedoch ihren schweren politischen Fehlern seit 1914 immer neue hinzu: Im Reichstag hatte sie 1928, entgegen dem vor den Wahlen feierlich abgegebenen Versprechen „Kinderspeisung statt Panzerkreuzerbau“ dem Bau eines Panzerkreuzers zugestimmt und damit Wasser auf die Mühlen der kommunistischen Konkurrenz geleitet. Vor dem 1. Mai 1929 hatte dann, wie erwähnt, der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin, Karl Zörgiebel, die anstehenden Maifeiern unter freiem Himmel verboten, offiziell, um Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten zu verhindern, tatsächlich, weil die SPD den Massenzulauf für die KPD fürchtete. Als die Kommunisten dennoch demonstrierten, geriet bei Auseinandersetzungen mit der Polizei die Situation im Wedding außer Kontrolle. Die Polizei schoss in die unbewaffnete Menge und tötete zweiunddreißig Menschen. Die anschließenden erbitterten Straßenschlachten dauerten zwei Tage. Der schließlich auch von sozialdemokratischen Historikern in seiner Tragweite enthüllte „Blutmai“ ließ die seit 1914 nie mehr geschlossene Kluft innerhalb der Arbeiterbewegung zu einem Abgrund werden. Auch in der SPD erhob sich entschiedener Protest gegen das brutale Vorgehen der Berliner Polizei und führte zur Radikalisierung der innerparteilichen Linken.<sup>19</sup>

Diese Linke war aus drei Richtungen entstanden, aus dem Teil der USPD, der sich 1922 mit der SPD wiedervereinigt hatte, aus jenen Linken vor allem in Sachsen und Thüringen, die 1923 mit der KPD die Arbeiterregierungen – gegen den Widerstand in beiden Parteien – gebildet hatten, sowie aus der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft Paul Levis, die von der KPD zur SPD gekommen war. Die Linke sammelte sich um die Zeitschrift *Der Klassenkampf*, deren Herausgeber Max Seydewitz und deren Hauptautor Paul Levi war, der zeitweise auch eine eigene Zeitschrift, die *Sozialistische Politik und Wirtschaft*, herausgab.

Die Linke kritisierte nach den Septemberwahlen von 1930 den vom Parteivorstand trotz des Regierungsverlustes fortgesetzte Kurs der Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien. Diese Zusammenarbeit sei auf Sand gebaut und könne das Bürgertum vom Marsch nach rechts nicht abhalten. Nötig sei vielmehr ein ernsthafter Versuch, die KPD vom „sozialfaschistischen“ Irrweg abzubringen und zu einer Einheitsfront mit der SPD zu bewegen. In diesem Sinne schrieb Max Seydewitz Anfang 1931, da der verarmenden

---

<sup>19</sup> Vgl. Thomas Kurz, „Blutmai“. Sozialdemokraten und Kommunisten im Brennpunkt der Berliner Ereignisse von 1929, Bonn 1988.

Bevölkerung auf den ersten Blick „nicht der an der Krise und dem Elend schuldige Kapitalismus“ entgegen trete, „sondern die Einrichtung des Staates“, werde nicht der Kapitalismus, sondern die mit dem Staat identifizierte SPD von der Bevölkerung für die Misere verantwortlich gemacht. Sie werde zum „Blitzableiter“, der anstatt des „schuldigen Kapitalismus den Zorn und die Empörung der ins Elend gestoßenen Massen auffängt.“ Dem müsse und könne die SPD nur mit einem Ruck nach links und ernsthaften Angeboten zur Zusammenarbeit an die KPD begegnen.<sup>20</sup>

Zu Konflikten und schließlich zum Bruch kam es, als 1931 neun sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete die Zustimmung zu einem (nach 1928 weiteren) Panzerkreuzerbau verweigerten. Sie wurden der Verletzung der Parteidisziplin angeklagt, lehnten eine Unterwerfung unter die Beschlüsse des Vorstandes ab und mussten die SPD verlassen. Ihr Ausschluss zog den Austritt oder Ausschluss weiterer SPD-Linker nach sich: Am 4. Oktober 1931 gründeten die Ausgeschlossenen die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, die SAP. Sie umfasste ein breites Spektrum. In ihr wirkten Marxisten wie Fritz Sternberg, Klaus Zweiling und Walter Fabian, Pazifisten wie Heinrich Ströbel und Richard Kleineibst, sozialdemokratisch orientierte Linke wie Anna Siemsen oder Reste der USPD und des Sozialistischen Bundes mit Theodor Liebknecht beziehungsweise Georg Ledebour, dem Veteranen der deutschen Arbeiterbewegung. Max Seydewitz und Kurt Rosenfeld versuchten, die divergierenden Strömungen zusammenzuhalten. Paul Levi, der zur Führungsfigur dieser Partei hätte werden können, war anderthalb Jahre vorher verstorben. Dennoch gingen besonders Teile der Jugendorganisationen in Württemberg, im Frankfurter Raum und besonders in Westsachsen mit den neuen Partei, die, eigenen Angaben zufolge, über zwanzigtausend Mitglieder zählte. Dieser Mitgliederstand konnte jedoch nicht aufrecht erhalten werden, nachdem sich die SAP im Juli 1932 an den Reichstagswahlen beteiligt hatte, dort aber im Promillebereich steckengeblieben war.

Inhaltlich kamen die SAP-Theoretiker Sternberg und Zweiling zu ähnlich situationsgerechten Faschismus-Analysen wie die KPO-Führung. Auch die Verteidigung der Weimarer Demokratie nahm einen gleich hohen Stellenwert ein. Wie die KPO, glaubte auch die SAP nicht an die Bereitschaft des deutschen Bürgertums, die Demokratie zu verteidigen, von wenigen bürgerlichen Linken abgesehen. Die KPD solle, so die SAP, die bürgerliche deutsche Republik als verteidigungswert anerkennen, die SPD durch mehr Radikalität die schwankenden Mittelschichten auf die Seite der Arbeiterparteien bringen und somit ein Übergewicht gegenüber den antidemokratischen Kräften schaffen helfen.

Die wichtigste Differenz zwischen beiden Gruppen bestand in der Antwort auf mittelfristige Perspektiven der Arbeiterbewegung. Die KPO hoffte auf eine Reform von unten und innen nach Wiederherstellung der innerparteilichen Demokratie in der KPD. Diese Haltung unterschätzte aber die inzwischen gewachsene Stärke und Linientreue des Parteiapparates. Die KPO hoffte noch immer, die KPD könne sich aus der Abhängigkeit Moskaus befreien und einen innerparteilichen Willensbildungsprozess einleiten. Die KPO sah sich noch als, wenngleich momentan verfemter Teil der KPD, während sich die SAP als Keimzelle einer erneuerten sozialistischen Dritten Kraft begriff. Dieser konzeptionelle Unterschied führte

---

<sup>20</sup> Max Seydewitz u. a., Die Krise des Kapitalismus und die Aufgabe der Arbeiterklasse, Berlin-Britz 1931, zit. nach Florian Wilde, Die Entwicklung der SPD-Linken von der Klassenkampf-Gruppe zur sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP), in: Marcel Bois/Bernd Hüttner (Hg.), Beiträge zur Geschichte einer pluralen Linken, Berlin o. J., S. 23. Vgl. zur Geschichte der SAP Hanno Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Meisenheim 1965; Helmut Arndt/Heinz Niemann, Auf verlorenem Posten? Zur Geschichte der Sozialistischen Arbeiterpartei. Zwei Beiträge zum Linksozialismus in Deutschland, Berlin 1991.

dazu, dass eine relevante Minderheit der KPO, darunter Paul Frölich, Rosi Wolfstein, Jakob Walcher und Karl Frank zur SAP wechselten. Den umgekehrten Weg von der SAP zur KPO gingen Mitglieder des Sozialistischen Jugendverbandes (SJV) in Berlin und Stuttgart sowie Fritz Sternbergs zeitweiliger Sekretär Hans Mayer.

### *Der Leninbund – von der Linksopposition zur Zwischengruppe*

Mehr als jede andere Gruppe hatte der Leninbund seine Wurzel nicht nur in den deutschen, sondern auch den sowjetischen Fraktionskämpfen der Jahre 1924-27. Die Ereignisse, die zur Niederlage der Vereinigten Opposition in der Sowjetunion führten, können hier jedoch nicht detailliert dargestellt werden. Der Hinweis muss genügen, dass ihre Anhänger nach dem Scheitern der von Stalin betriebenen Allianz mit der Kuomintang in China im Mai 1927 noch einmal Oberwasser zu gewinnen schienen. Sie sahen sich, ebenso wenig wie Stalin, noch an das Waffenstillstands-Abkommen vom Oktober 1926 gebunden und verstärkten im Laufe des Jahres 1927 ihre Propaganda. Doch stellte sich Trotzki den Forderungen nach Gründung einer neuen Partei entgegen. Diese hätte keine Massenbasis, zumal die Bürokratie nur ein instabiles Übergangsregime sei. Die letztere Behauptung erwies sich als folgenreiche Fehleinschätzung: Es gelang der Vereinigten Opposition nicht, Stalins Stellung zu erschüttern.

Der Leninbund konstituierte sich vor allem aus ausgeschlossenen Ultralinken, die die KPD 1926-27 verlassen mussten. Unter ihnen waren Ruth Fischer, Arkadij Maslow, die bald wieder ausschieden, sowie Hugo Urbahns die Bekanntesten. Am 8. und 9. April 1928 fand im preußischen Landtagsgebäude in Berlin die Gründungskonferenz der Organisation statt. Unter dem zum Vorsitzenden gewählten Urbahns vertraten 153 Delegierte rund einhundert Ortsgruppen. Das Reichsleitungsmitglied Werner Scholem bezifferte die Zahl der Mitglieder auf über fünftausend, sprach aber, wie auch der KPD-Beobachter kritisch vermerkte, von rund achtzig- bis einhunderttausend Sympathisanten inner- wie außerhalb der KPD.<sup>21</sup>

Der Leninbund verstand sich nicht als eigenständige Partei, sondern als Teil des deutschen Kommunismus und stellte deshalb noch auf der Gründungskonferenz an das EKKI den Antrag auf Aufnahme in die Komintern sowie die KPD. Im Falle einer Ablehnung wolle der Leninbund als sympathisierende Organisation anerkannt werden.<sup>22</sup> Natürlich wussten die Beteiligten, dass dies eher eine symbolische Aktion war, die unter den bestehenden Umständen keine Chance auf Verwirklichung hatte.

Wie alle Gruppen forderte auch der Leninbund ein Ende des „Bruderkampfes“ zwischen KPD und SPD und die Einheitsfront gegen Hitler. Dies könne dann auch nicht-sozialistische Kräfte mitreißen. Als ein Beispiel von vielen sei ein Appell des Leninbundes vom August 1932 zitiert. Der erschreckende Wahlerfolg der NSDAP dürfe die Antifaschisten nicht lähmen, hieß es darin. „325 antifaschistische Stimmen im Reichstag gegen 280 Faschisten, das genügt für ein antifaschistisches Präsidium und eine antifaschistische Regierung. Die Kraft der

---

<sup>21</sup>Die Mitgliederzahl betrug zuerst ca. 6.000, bevor sie auf zuletzt unter 1.000 sank. Vgl. Marcel Bois, Im Kampf gegen Stalinismus und Faschismus. Die linke Opposition in der KPD in der Weimarer Republik (1924-1933), in: Kora Baumbach u. a. (Hg.), Strömungen: Politische Bilder, Texte und Bewegungen, Berlin 2007, S. 93.

<sup>22</sup> Vgl. zur Gründungskonferenz SAPMO-BArch, RY 5/I 6/3/440, Bl. 41-44: Deutsche Sektion beim EKKI; ebenda, RY1/I 2/3/64, Bl. 212: KPD, Polbüro, Bestand Fischer-Maslow-Gruppe, Ermittlungen von und über Mitglieder oppositioneller und parteifeindlicher Gruppen 1933-45 (KPO und Trotzlisten); Die Fahne des Kommunismus vom 13. April 1928; Günter Wernicke, Die Radikallinke der KPD und die russische Opposition. Von der Fischer/Maslow-Gruppe zum Lenin-Bund, in: BzG, 42 (2000), Nr. 3, S. 94.

Arbeiterschaft und des antifaschistischen Mittelstandes gegen die Staatsstreichler und ihre faschistischen Mordbanden, das ist die wichtigste außerparlamentarische Front. Die kann und wird siegen. Arbeiter, wenn ihr wollt!“<sup>23</sup>

### *Neu Beginnen*

Um 1929 entstand der Gründungskern der Organisation um Walter Loewenheim (Pseudonym *Miles*) und dessen Bruder Ernst Loewenheim sowie einige weitere ehemalige Funktionäre der KPD. Die Gruppe arbeitete im Geheimen innerhalb von KPD und SPD, aus denen sie ihre Mitglieder rekrutierte. Sie nannte sich zunächst Leninistische Organisation, abgekürzt LO, wurde aber auch Miles-Gruppe oder schlicht Org genannt.<sup>24</sup>

Neu Beginnen bemühte sich um eine Neuformierung der deutschen Linken. Ihre Angehörigen sollten innerhalb der Arbeiterparteien konspirativ wirken – mit dem Ziel, die Spaltung der Arbeiterbewegung überwinden zu helfen. Ihr Gründer Walter Löwenheim suchte Kader zu gewinnen, die auch im Falle einer möglichen faschistischen Machteroberung den Neuaufbau der dann geeinten Arbeiterbewegung in die Wege leiten sollten.

Die Gruppe sah die KPD als sektiererisch, die SPD als verbürgerlicht an. Unter Berufung auf Lenins Schrift *Was Tun?* plante sie den Aufbau eines Kadernetzwerkes als Kern einer künftigen revolutionären Partei. Löwenheim und sein Kreis sprachen zunächst gezielt vor allem junge Intellektuelle an Universitäten wie Richard Löwenthal und Ossip Flechtheim an. Die Gruppe entfaltete eine intensive politische Schulungsarbeit.

Im Herbst 1931 gelang es der rund vierzig Mitglieder zählenden Organisation Teile der Führung der Berliner SAJ um Fritz Erler, Erich Schmidt und Kurt Schmidt für zu gewinnen und damit ihren Einfluss auf Berliner SPD-Strukturen zu vergrößern, Weiterhin wurden auch einzelne KPD-, KPO- und SAP-Mitglieder gewonnen, so dass die Gruppe Anfang 1933 etwa einhundert Mitglieder zählte. Durch ihren konspirativen Charakter war sie trotz ihrer numerisch geringen Zahl auf den Übergang in die Illegalität Anfang 1933 besser vorbereitet als andere Arbeiterorganisationen. Auch deshalb verdient an sie erinnert zu werden.

Es gab keine gemeinsame strategische Konzeption der Kleingruppen. Wie weit sollte man mit der SPD gemeinsame Sache machen? Konnte man auf eine Reform der KPD an Haupt und Gliedern setzen, wie es die KPO, doch auch der Leninbund forderten? Oder ging es um die Gründung einer neuen Partei, was die SAP anstrebte? War es gar denkbar, innerhalb beider Arbeiterparteien zu wirken, um die marxistisch geschulten Kräfte zu beeinflussen? Dies war das Bestreben von Neu Beginnen wie auch einer kleinen Gruppe weiterer SPD-Dissidenten, den Roten Kämpfern, die dennoch auf eine Erneuerung und Linksentwicklung der SPD setzten. Der nicht-marxistische Internationale Sozialistische Kampfbund, der ISK, setzte zudem auf eine neue Lebensweise. Die Funktionäre von KPD und SPD seien auch deshalb so parteiegoistisch, weil sie den dekadenten Lebensstil der Bourgeoisie nachahmten. So verbot der ISK seinen Mitgliedern strikt den Genuss von Alkohol, Nikotin und Fleisch. Das entsprach zwar auch der Lebensmaxime Hitlers, doch politisch war dieser damit nicht zu

---

<sup>23</sup> Die Fahne des Kommunismus vom 12. August 1932, zit. in: Rüdiger Zimmermann, *Der Leninbund. Linke Kommunisten in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1978, S. 223.

<sup>24</sup> Vgl. Walter Loewenheim, *Geschichte der Org (Neu Beginnen) 1929 - 1935. Eine zeitgenössische Analyse*, hrsg. von Jan Foitzik, Berlin 1995; Richard Löwenthal, *Die Widerstandsgruppe „Neu Beginnen“*, Berlin [1982].

stoppen. Es blieb die kleine Gruppe der Anhänger um Trotzki, die sich Linke Opposition nannte und die länger als fast jemand sonst daran festhielt, dass die KPD zwar eine politisch deformierte, doch die einzige Alternative zu Hitler sei.<sup>25</sup>

### *Eine kurze Würdigung*

Allen Gruppen war gemeinsam, dass sie den „Bruderkampf“ zwischen KPD und SPD anprangerten und die Einheitsfront gegen Hitler forderten. Der antifaschistische Kampf könne dann auch nicht-sozialistische Kräfte mitreißen. Zwar wollten viele Arbeiter handeln, doch sie konnten kaum noch reagieren, geschweige denn die Offensive ergreifen. Im Mittelstand, der durch die Krise verängstigt und zerrieben wurde, sammelten sich hingegen jene Stimmungen, die in Hitler ihren Heilsbringer erblickten. Mit nüchternem Kalkül begann noch nicht die Mehrheit, doch eine politisch entschlossene Minderheit des Großkapitals, auf Hitler zu setzen. Bei den im April 1932 anstehenden Reichspräsidentenwahlen unterstützte die SPD den sich zur Wiederwahl stellenden Hindenburg als „kleineres Übel“ gegen den gleichfalls antretenden Hitler. Die Sozialdemokraten glaubten allen Ernstes, dieser böte einen Schutzwall der Demokratie gegen den Faschismus, und die Warnung der KPD „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, und wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“ erwies sich als völlig richtig, war aber die einzige vernünftige Losung der Partei in dieser Zeit. Die Sozialdemokraten gaben, wie wir gesehen haben, kampfflos den staatsstreichartigen Machenschaften der Papen-Regierung nach, als sie am 20. Juli 1932 per Reichsexekution die SPD-geführte Regierung in Preußen absetzte. Dies nahm die KPD einmal mehr zum Anlass, um die SPD als Gehilfin des Faschismus zu attackieren, obgleich es dieses Anlasses nicht bedurft hätte. Die gesplante Arbeiterbewegung entwaffnete sich selbst.

Sie musste für ihre Fehler einen bitteren Preis zahlen. Kommunisten und Sozialdemokraten, stalinistische wie antistalinistische Marxisten wurden von Beginn der nazistischen Herrschaft an verfolgt, vertrieben und umgebracht. Die Zwischengruppen entwickelten Vorstellungen, mit denen KPD und SPD gemeinsam wahrscheinlich den Griff des Faschismus zur Macht hätten verhindern können. In der Bundesrepublik wurden die Lebenswege und politischen Vorstellungen ihrer Protagonisten insbesondere nach der Studentenrevolte von 1968 allmählich nachgezeichnet. Der Prozess der öffentlichen Anerkennung stieß aber auf Widerstände, bis heute ist er nicht abgeschlossen, und es bedarf eines Lernprozesses noch in unseren Tagen, um die Leistungen, doch auch die objektiven Grenzen der Zwischengruppen zu benennen, deren Erbe wohl dennoch zum Besten gehört, auf das die heutige Linke zurückgreifen kann.

Der Verfasser: Prof. Dr. Mario Keßler, Jg. 1955, Historiker, lebt in Berlin.

---

<sup>25</sup> Vgl. Werner Link, Die Geschichte des Internationalen Jugend-Bundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes (ISK), Meisenheim 1964; Olaf Ihlau, Die Roten Kämpfer. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im „Dritten Reich“, Meisenheim 1969; Wolfgang Alles, Zur Politik und Geschichte der deutschen Trotzlisten ab 1930, Frankfurt 1987; Annegret Schüle, Trotzismus in Deutschland bis 1933, Köln 1989; Falk Engelhardt, Entwicklung und Politik der trotzkistischen Linksopposition in Leipzig ab 1924, Technische Universität Chemnitz 2007 (auch im Internet). – Genannt sei noch die „Opposition der 60“, meist Betriebskader der KPD, die Mitte 1930 ausgeschlossen wurden und fast alle zur SPD gingen.